

Rommerskirchen, 10. November 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Straßenausbaubeiträge (STRABS) gem. § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) sind aus unserer Sicht ein ständiges Ärgernis für betroffene Bürgerinnen und Bürger aber auch für Rat und Verwaltung der Gemeinde.

Straßenausbaubeiträge im Sinne des Gesetzes gibt es in Europa nur in Deutschland und in Dänemark. In allen übrigen Ländern herrscht „Fehlanzeige“.

Zudem gibt es kein klares, einheitliches Bild innerhalb von Deutschland. In Hamburg und Berlin, sowie neuerdings auch in Bayern werden Straßenausbaubeiträge nicht mehr erhoben. Auch in Baden-Württemberg gibt hierfür keine Gesetzesgrundlage. In vielen anderen Bundesländern wird es den Kommunen freigestellt, ob es derartige Beiträge erhebt oder auch nicht.

Als einziges Bundesland im Westen der Republik hat NRW noch in § 8 KAG eine entsprechende Soll-Bestimmung enthalten.

Aber auch hier tut sich offensichtlich etwas. Die SPD-Fraktion in Rommerskirchen verfolgt diese Thematik bereits seit Jahren durchaus intensiv. Nie waren die Chancen höher, diese Thematik deutlich bürgerfreundlicher zu gestalten als jetzt.

Es gibt auf der Bühne der Landespolitik zu diesem Thema deutlich wahrnehmbare Bewegung. So hat nunmehr die SPD-Fraktion im Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Abschaffung der STRABS eingebracht. Die Landesregierung scheint offenbar auch geneigt, sich des Themas anzunehmen und der Bund der Steuerzahler fordert auch dringend die schnelle Abschaffung der STRABS auch in NRW.

In Bayern kam der Druck auf die bayrische Landesregierung aus den Städten und Kommunen. Auch in NRW formiert sich der Widerstand gegen die STRABS in den Kommunen immer deutlicher.

Für die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rommerskirchen bitte ich Sie um Aufnahme dieses Themas in die nächste Ratssitzung am 29. November 2018.

Da Sie sich der Thematik ja gemeinsam mit uns bereits seit geraumer Zeit angenommen haben, bitten wir Sie, den Rat der Gemeinde auf den aktuellen Stand der sehr dynamischen Entwicklungen in dieser wichtigen kommunalpolitischen Angelegenheit zu bringen.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen nachdrücklich die Abschaffung der STRABS auch in NRW und damit auch für unsere Gemeinde. Die mit dieser Abgabe verbundenen finanziellen Lasten für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sollten durch die Gemeinschaft aller getragen werden. Insbesondere Ältere Bürgerinnen und Bürger werden so nicht über Gebühr belastet und in finanzielle Not gebracht.

Auch für den Rat und die Verwaltung würde die Abschaffung der STRABS erwartungsgemäß erhebliche Verbesserungen in der Planung und Durchführung mit sich bringen.

Selbstverständlich müssen auch in Zukunft kommunale Straßen erneuert und die Kosten hierfür aufgebracht werden. Hier wird es auszuloten sein, inwieweit dies durch Zuschüsse vom Land oder Kreis und wahrscheinlich auch durch eine entsprechende Abgabe aller Bürgerinnen und Bürger z.B. über die Grundsteuern abgedeckt werden kann. Wir wissen, dass viele Schultern mögliche Belastungen deutlich besser tragen können als nur wenige! Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen ja eindrucksvoll wie es gehen kann!

In der Thematik ist aktuell vieles in Bewegung geraten. Wir sollten hierzu im Rat eine gemeinsame Position entwickeln und bei anstehenden Projekten die Möglichkeiten einer durchaus zeitnahen Veränderung im Blick halten, vor allem auch im Sinne der hierdurch betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Für Rückfragen bzw. notwendige Ergänzungen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "L. P. / Kess".